



Käfer

Betriebszeitung der DKP für VW-Braunschweig und Wolfsburg

Inhalt

- Rezession
- Tarifvertrag für Auto 5000
- Fritz und die Gier
- Planungsrunde
- Bankenkrise
- Schulstreik
- 90 Jahre Novemberrevolution

www.roter-kaefer.de

Nach dem Boom:

Dunkle Wolken am Automobilhimmel

Jahrelang haben die Autokonzerne einschließlich VW „gut Heu gemacht“. Nun hat sich der „Automobilhimmel“ verfärbt: Gestiegene Rohstoffpreise, im Gefolge höhere Transportkosten, Unsicherheit über zukünftige Besteuerung von Autos, schrumpfende Energieressourcen und seit vielen Jahren Kaufkraftverluste im Inland beschreiben die Schwierigkeiten. In einem mörderischen Konkurrenzkampf versuchen die Konzerne ihre Überkapazitäten gewinnbringend abzusetzen. Und nun auch noch die Finanz- und Bankenkrise, die sich zu einer realen Wirtschaftskrise zu entwickeln droht. Alle Automobilhersteller reagieren mit Produktionseinschränkungen. Auch Volkswagen muss Programme kürzen, wenn auch noch auf hohem Niveau und sehr unterschiedlich nach Marken und Märkten. Traditionell unterschiedlich ist auch die Betroffenheit der einzelnen VW-Standorte. Zum Glück gibt es verschiedene tarifvertraglich festgelegte Instrumente um Programmabsenkungen vertraglich zu regeln. Eines davon ist die Festlegung des Arbeitszeitfixpunktes.

Bei Bedarf Arbeitszeitfixpunkt senken!

Seit der letzten Tarifrunde wurde VW durch die unbezahlte Verlängerung der Arbeitszeit jährlich um viele Millionen entlastet. Voraussetzung dieser Entlastung war allerdings auch das tariflich fixierte Zugeständnis, dass in schlechteren Zeiten eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohneinbußen zu erfolgen habe! Genau darum scheint sich Volkswagen drücken zu

wollen um lieber die Zeitkonten der Beschäftigten zu strapazieren! Hier gilt es wachsam zu sein!

In diesen Krisenzeiten ist der Erhalt des VW-Gesetzes notwendiger denn je. Obwohl auch in anderen europäischen Ländern über Staatsinterventionen zugunsten der Autoindustrie diskutiert wird, droht die EU-Kommission beim VW-Gesetz weiter mit einem Verfahren. In ihrem Brief an die EU-Kommission weisen die Betriebsratsvorsitzenden aller weltweiten VW-Standorte mit Recht daraufhin, dass die hemmungslose Liberalisierung der Märkte eine Ursache der Finanzkrise sei! Auch deswegen haben die Beschäftigten kein Verständnis dafür, dass ihnen ein wichtiges Instrument für den Erhalt der Beschäftigung aus der Hand geschlagen werden soll! Deshalb sollte darüber nachgedacht werden, der Überreichung des

Briefes an Barosso mit Aktionen an allen Standorten Nachdruck zu verleihen!

Wulff muss Farbe bekennen!

Angesichts der neuerlichen Kritik von Wiedeking am VW-Gesetz und den Gerüchten, dass Piech in der Aufsichtsratsitzung am 21.11. den Kontrollausschuss für Porsche-Geschäfte mit Audi wieder auflösen lassen will, muss auch die Landesregierung Farbe bekennen. Wenn Wulff es ernst meint, muss er diesmal mit der Arbeitnehmerseite stimmen, um den Beschluss zu halten. Darüber hinaus steht eine Erhöhung des staatlichen Anteils an Volkswagen weiter auf der Tagesordnung. Wer 500 Milliarden bereitstellt für die Subventionierung der Banken und Spekulanten, der kann erst recht Geld für die Erhaltung von Arbeitsplätzen locker machen!



Keine Ruhe für VW Braunschweig

600 Millionen erwartet das VW-Werk BS aus der neuen Planungsrunde bis 2013. So lautete die positive Überschrift in der BZ. Fast zu klein der Hinweis vom BR-Vorsitzenden Uwe Fritsch, dass nur Geld fließt, wenn auch die entsprechenden Aufträge gewonnen werden. Und genau da hakt es im Moment. So wurden in den letzten Monaten entscheidende Volumen des modularen Querbaukastens (MQB) an die Konkurrenz (Magna und Benteler) vergeben, so dass für BS nur die Umfänge für Wolfsburg blieben! Das reicht allerdings nicht zur Sicherung aller Arbeitsplätze! Es kann nicht sein, dass der VW-Strategie, mindestens 2 Zulieferer zu haben, Arbeitsplätze im Werk BS zum Opfer fallen. Es kann nicht sein, dass externe Zulieferer teilweise besser gestellt sind als das VW-Werk BS! Die Einbeziehung der Komponente in die frühe Phase ist anscheinend für Beschaffung und Entwicklung immer noch nicht selbstverständlich. Die Belegschaft sollte Dr. Neubauer auf der nächsten Betriebsversammlung mit ihren Forderungen konfrontieren! Die Frage, wie alle Arbeitsplätze in der Automobil- und Zulieferindustrie erhalten werden können, ist damit allerdings weiter ungelöst. Das bleibt eines der Probleme, die wir mit der IGM dringend angehen müssen!



Fritz und die Gier

Neulich in der Pause: „Habt ihr das gelesen – 77 Millionen Euro kriegt der Wiedeking in diesem Jahr. Das ist doch nicht mehr normal, oder?“ fragt Gabi in die Runde. „Wieso? Wenn der für mehr Gewinn sorgt als seine ganze Autobude Umsatz macht, hat er sich das doch verdient“, antwortet Peter. „Von wegen verdient“, knurrt Paule, „77 Millionen kann man nicht „verdienen“, das geht nur mit Gaunerei, Aktienzockerei und rücksichtsloser Profitgier“. „Nein, nein, davon will er nichts hören“, wirft Ilona lachend ein, „in der FAZ hat er doch geschrieben, die „verdorbenen Charaktere“ seien schuld und würden mit ihrer „allgemein menschlichen Gier“ den armen Kapitalismus in Verruf bringen. Da muss man erst mal drauf kommen!“ Darauf Gabi: „Egal ob nun allgemein menschliche Gier oder Profitgier: Auf jeden Fall müssen wir uns

Tarifergebnis: Gerechtigkeit bleibt auf der Strecke

Mit einer 8%-Forderung für 12 Monate Laufzeit ging die IGM in die Tarifrunde. Mehr als 600000 Beschäftigte in der ganzen Republik unterstützten die Forderung mit Warnstreiks. Als Erfolg ist dieser Abschluss mit etwas mehr als 4% über die Laufzeit von 18 Monaten gerechnet, deshalb nicht zu sehen. Und die 4 vor dem Komma resultiert nur aus der relativ hohen Einmalzahlung von 510 €, die fast 1,5% ausmacht. Aber vergessen wir nicht, die sind nicht nachhaltig! Bei der Verschiebung der zweiten Anhebung um bis zu 7 Monate muss die IGM nicht gefragt werden. Sie wird durch freiwillige Betriebsvereinbarungen entschieden. Ein weiterer Schritt, Tarifpolitik auf die druckanfälligen Betriebsräte zu verlagern und deshalb falsch. Das Ergebnis ist den teilweise rasanten Auftragsabstürzen vor allem in der Automobil- und Zulieferindustrie geschuldet. Die Waffe des Streiks ist bei der Absage von Schichten, Zwangsurlaub und drohender Kurzarbeit stumpf! Die Ziele mehr Gerechtigkeit, also Umverteilung und Unterstützung der Binnen-nachfrage durch eine kräftige Lohnerhöhung wurden deshalb nicht erreicht!

warm anziehen, wenn der hier bei VW das Sagen kriegen sollte“.

Recht hat sie, die Gabi. Die vom Porsche-Vorstand ausgelösten Spekulationen mit der VW-Aktie sollten das auch dem letzten klargemacht haben. Und genau deswegen brauchen wir die Sperrminorität des Landes im VW-Gesetz und in der Satzung. Am besten durch einen Aktienanteil von 25 % abgesichert, damit auch die EU-Kommission ausgebremst wird. Und wir sollten uns nicht auf die Kanzlerin Merkel verlassen. Die kann sich gut hinter den Brüsseler Marktradikalen verstecken.

Nur eine wachsame Belegschaft zusammen mit einer kämpferischen, starken Gewerkschaft ist Garantie dafür, dass bei VW weiterhin betriebsbedingte Kündigungen und Werksschließungen verhindert werden. Die jetzige Finanzmarktkrise zeigt überdeutlich: Gegen die systembedingte Gier der Kapitalisten und ihrer Manager hilft langfristig nur die Einschränkung ihrer Verfügungsgewalt über die Produktions- und Finanzmittel. Eine Art VW-Gesetz für alle Firmen gehört auf die Tagesordnung.

Das meint jedenfalls

Euer Fritz

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Ab 1.1.2009 werden 4200 Beschäftigte der Auto5000 stufenweise in die VW-AG integriert. Die Übernahme erfolgt in den Haustarifvertrag II und ist am 31.12.2010 komplett umgesetzt. Bis dahin gelten z. B. noch die Schichtmodelle der Auto 5000. VW war nicht bereit, Kapazitätsbeschränkungen hinzunehmen! „Damit wächst zusammen, was zusammengehört“ so der 1. Bevollmächtigte der IGM Wolfsburg Frank Patta. Gleichzeitig wurde eine bessere Bezahlung der ca.5000 Leiharbeiter in den 6 westdeutschen VW-Werken erzielt und ihre Quote auf 5% je Standort, allerdings im Durchschnitt von 2 Jahren, begrenzt. Die Leiharbeitsbeschäftigten erhalten ab 1.1.2009 von 13.70 € bis 16,96€ (nach 19 Monaten). Hartmut Meine betonte: „Mit diesem Abschluss sind wir unserem Grundsatz 'gleiches Geld für gleiche Arbeit' einen entscheidenden Schritt näher gekommen!“

Beide Abschlüsse sind positiv und sollten Mut machen, die nächsten „Baustellen“, die es bei Volkswagen noch gibt, anzugehen. Das betrifft in erster Linie die Beschäftigten der AutoVision und AutoVisionPeople! Die Bretter, die die IGM und alle Beschäftigten hier zu bohren haben, sind durchaus dick. Die AutoVision ist eine eigenständige Gesellschaft mit eigenen Tarifverträgen und steht in Konkurrenz mit anderen Dienstleistern vorwiegend aus der Logistik-Branche. IGM und Betriebsrat haben den Projekten nur zähneknirschend zugestimmt, um Arbeitsplätze am Standort zu halten. Die Bedingungen sind besser als bei anderen Dienstleistern und der Betriebsrat konnte 2008 für die Beschäftigten einige Erfolge erreichen. Fakt ist aber auch, dass Beschäftigte der AutoVision und der VW-AG nebeneinander arbeiten und gleichwertige Tätigkeiten verrichten. Auch hier muss zusammen wachsen, was zusammengehört. Das gleiche gilt auch für die Ausbildung! Das „Haus mit den vielen Fenstern“ (Hartz) war immer ein Mittel zur Spaltung der Belegschaft. Was wir brauchen ist ein Haus der offenen Tür für alle ...im Haustarif II!

Impressum:

Herausgeber:

DKP Kreis Braunschweig-Wolfenbüttel

V.i.S.d.P.: Werner Hensel

Wilhelm-Raabe-Straße 7, 38104 Braunschweig

Stadträte sollen Porsche stoppen

Die Ratsfraktion der Wolfsburger Linken (WL) hat eine Sondersitzung des Rates gefordert, „auf der die notwendigen Strategien und Schritte zur Sicherung des VW-Konzernsitzes in Wolfsburg sowie der niedersächsischen Standorte zu beraten und zu beschließen sind“. „Wenn Porsche einen Gewinnabführungs- und Beherrschungsvertrag durchsetzen kann, muss der Absturz des VW-Konzerns zu einem gutsherrenartig geführten Familienbetrieb a la Porsche/Piech befürchtet werden“, heißt es in dem Antrag weiter. Die Wolfsburger Linke fordert, dass Bund, Land und die Standortkommunen von Volkswagen eine Sperrminorität von

25 % am VW-Aktienkapital erwerben, um die Strategie der Milliardäre Porsche/Piech wirksam zu durchkreuzen. „Wenn für die Rettung von Banken die riesige Summe von 500 Milliarden Euro allein in Deutschland aufgebracht wird, ist ein Betrag von ca 4 Milliarden für die fehlenden 5 % am VW-Aktienkapital zur Sicherung von zigtausenden Arbeitsplätzen, Familienexistenzen und öffentlichen Haushalten der VW-Städte eine wirtschaftlich gerechtfertigte Investition“, heißt es in der Begründung. Die WL fordert die Stadträte der anderen VW-Standorte auf, sich dieser Initiative anzuschließen.

Not leidende Autobanken?

Nach den Landesbanken verlieren nun auch die Autobanken die Scheu und wollen unter den „Rettungsschirm“ der Regierung schlüpfen. Auch die VW-Bank, die jahrelang zu den größten Profitbringern des Konzerns gehörte, möchte sich günstiges Geld besorgen! Nein, nicht weil sie Probleme habe, aber wegen der Wettbewerbsverzerrung wenn nur andere und sie nicht, und wegen der Vorteile, die auch sie an die Kunden weitergeben möchte, nicht etwa wegen eigener höherer Profite. Es treibt einem schon die Zornesröte ins Gesicht, wie skrupellos sich die Konzerne auf Kosten der Steuerzahler schadlos halten!

Auch die Rufe aus der Autobranche werden immer lauter, der Staat solle den Geldhahn aufdrehen, damit die darbenende PS-Branche nicht zusammenbricht. Ein 40-Milliarden-Kreditprogramm für Europas Autoindustrie wird gefordert. Zahlen soll der Steuerbürger – eine Idee, die sich zunehmender Beliebtheit beim deutschen Kapital erfreut. Erst kamen die Banken und Versicherer, heute ruft die Autoindustrie und morgen vielleicht der Maschinenbau nach Hilfen. Welcher Branche kann die Regierung überhaupt Hilfe verweigern, wo sie doch den Finanzjongleuren diese bereits per Gesetz zugesichert hat?

Hundegeld, Schweinegelder

Gewinner und Verlierer der Finanzkrise - (Auszug aus einem Artikel von Volker Bräutigam)

Bisher sterben Tag für Tag fast 21.000 Menschen an Hunger (UNO-Mindestschätzung). Demnächst werden es täglich 25.000 sein. Die Finanzmarktkrise und auch die Maßnahmen, die sie angeblich beheben sollen, steigern nach Angaben der Welternährungsorganisation FAO die tägliche Totenrate, weil das wenige Geld der Armen entwertet und die Saatgut- und Lebensmittelpreise spekulationsbedingt hochgetrieben werden. 1040 Menschen werden Stunde um Stunde verhungern, 17 pro Minute. Alle vier Sekunden stirbt ein Mensch, weil er nichts mehr zu essen hatte. Das ist Massenmord.

Mit einer zusätzlichen Schuldenaufnahme von mindestens 800 Milliarden US-Dollar will Washington die US-Geldhäuser stützen. Berlin half der privaten IKB-Bank mit 9 Milliarden Euro aus der Pleite und bot der ebenfalls privaten Hypo Real Estate Überbrückungskredite sowie eine Rahmenbürgschaft sage und schreibe 50 Milliarden Euro - ohne Gegenleistungen in Form von Beteiligung, ohne Verstaatlichungsversuche. Für solche Zwecke ist stets genug Geld da. Und der politische und kriminelle Wille, es für sie zu verschleudern. Mit neun Milliarden Euro ließe sich die Zahl der Hungertoten fast halbieren. Mit 24 Milliarden Euro wäre der Hunger auf der Welt dauerhaft zu besiegen. Doch dieses Geld kommt trotz vieler hehrer Politikerversprechen seit acht Jahren einfach nicht zusammen. Folglich sind in dieser Zeit mindestens 60 Millionen Menschen verhungert. Besonders in jenen afrikanischen Regionen, die von den westlichen Konzernen bereits ausgeplündert sind und in denen es keine Märkte (mehr) für neoliberales Wirtschaften gibt.

Ein Euro täglich könnte eine Kleinfamilie in der "Vierten Welt" vor dem Verhungern bewahren. Zwei Euro täglich aber zahlt die EU pro Kuh an Subventionen. So bleiben unsere großen Agrarfabrikanten schön reich und die hungernden Kleinstbauern der "Vierten Welt" schön bemitleidenswert.

"Unsere" Sender und Zeitungen vermeiden derart vergleichende Information. Und ängstlich unterdrücken sie jedes Wort über Minimalforderungen: Banken und Versicherungen sozialisieren! Geldverkehr regulieren! Lebensmittelspekulation verbieten! Börsen dichtmachen!

Aus: unsere zeit - Zeitung der DKP vom 17. Oktober 2008





Wolfsburger SchülerInnen demonstrieren gegen Bildungsmisere

Bundesweiter Schulstreik

Unter dem Motto „Bildungsblockaden einreißen!“ haben letzte Woche viele zehntausende Schülerinnen und Schüler in mehr als 50 Städten gegen Unterrichtsausfall, Lehrermangel und zu große Klassen demonstriert. Auch in Braunschweig und Wolfsburg beteiligten sich fast zehntausend junge Leute. Auf ihren Transparenten und Flugblättern forderten sie: „Kleinere Klassen von maximal 20 – Deutlich mehr LehrerInnen! Eine Schule für alle – Weg mit dem dreigliedrigen Schulsystem! Kostenfreie Bildung für alle – Schluss mit dem Bildungsabbau! Für jeden Schulabgänger einen Ausbildungs-

platz!“ Im Aufruf zur bundesweiten Streikaktion hieß es: „Es wird Zeit, dass wir alle mit einem bundesweiten Schulstreik klar machen, dass wir nicht hinnehmen, dass seit Jahren bei unserer Zukunft gespart wird. Während die Bundesregierung für marode Banken innerhalb weniger Tage hunderte von Milliarden Euro locker macht, weigern sich die Politiker mehr Geld in das marode Schulsystem zu stecken.“ Die DKP in Braunschweig und Wolfsburg unterstützte die Schüleraktion und verteilte eine Solidaritätserklärung „Bildung statt Geld für Banken“.



9. November Ein historisches Datum

Ca. 100 Menschen beteiligten sich am 9.11. in Braunschweig am Gedenkspaziergang des Bündnis gegen Rechts. An historischen Orten wurde der Errungenschaften der Novemberrevolution und der Opfer des faschistischen Terrors gedacht: Kohlmarkt – Machtübergabe an die Nazis 1933 und Arisierung jüdischer Geschäfte

und Progromnacht. Schloßfassaden – Novemberrevolution. Volksfreundehaus – Terror der Nazis gegen die ArbeiterInnenbewegung. Gedenkstätte Schillstraße – KZ-Lager Schillstraße und der Umgang mit dem Gedenken.

Bereits am 8.11. gab es einen Aktionstag des DGB vor dem Einkaufsschloss. Es ging um die Verteidigung der Errungenschaften der Novemberrevolution, gegen den Abbau sozialer und demokratischer Rechte. So wurden Unterschriften für die Einführung eines Mindestlohns gesammelt, es gab ein DIXI-Klo als Hinweis auf die schlechten Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im ECE, Vertreter des Vertrauenskörpers der IGM bei VW waren mit ihrem „Hartz IV-Haus“ da, in dem die Verantwortlichen für die Gesetze gezeigt wurden und die Einschränkungen für Hartz IV Empfänger. Antifa-Gruppen machten auf die rechtsradikale Gefahr, die Verfolgung Andersdenkender und den Abbau demokratischer Rechte hin. Weitere Themen waren Kampf gegen die Rente mit 67 und Anstrengungen für eine gute Bildung und Berufsausbildung.

Ulrike Schmitz

Kein Geld für bessere Bildung

Die Verwaltung der Stadt Braunschweig hat die Anträge von vier Schulen Braunschweigs auf Ganztagsbetrieb abgelehnt. Der Grund: Kein Geld für die notwendigen Investitionen.

Neue Gesamtschulen soll es in Zukunft ohne Lehrerstunden für den Nachmittagsunterricht geben.

(Beide Meldungen aus der Braunschweiger Zeitung vom 12. November, dem Tag der Schülerdemo gegen Bildungsnotstand)

Castor-Transport: Kräftiger Widerstand

Nach kräftigem Widerstand von tausenden Atomkraftgegnern hat der Castor-transport letzte Woche sein Ziel Gorleben erst mit einem Tag Verspätung erreicht. Die Menschen glauben nicht mehr den Politikern von CDU/SPD und ihren gekauften Experten, dass die Einlagerung des Atommülls im Salzstock sicher sei. Die Lügen beim Endlager Asse, das schon nach 20 Jahren abzusaufen droht, sind noch zu gut in Erinnerung. 16 000 Castorgegner hatten in Gorleben gegen das Atommüll-Lager demonstriert und das Tor blockiert.

Auf der Kundgebung rief der niedersächsische Bezirksleiter der IG Metall, Hartmut Meine, zum Schulterschluss zwischen Gewerkschaften und Antiatombewegung auf. „Wir haben viel gemeinsam. Uns vereint, dass wir für die Interessen der Menschen in den Betrieben und in den Regionen kämpfen. Uns vereint, dass wir in der Lage sind, eine große Anzahl von Menschen zu mobilisieren. Und uns vereint, dass wir gegen die Mächtigen in dieser Gesellschaft kämpfen müssen.“

Am 8./9. Nov. demonstrierten BIBS, Robin Hood und weitere Demokraten gegen die in Vorbeugehaft genommene Anti-Atom-Aktivistin Cécile Lecomte. Zunächst vor dem Rennelberg-Gefängnis, dann vor der Polizeikaserne an der Friedrich-Voigtländer-Straße wohin Cécile tatsächlich verbracht wurde. Perverserweise verweigerte die Polizei den besorgten Demonstranten die Auskunft über ihren Aufenthaltsort mit dem Hinweis auf Datenschutz, obwohl Cécile natürlich wollte, dass ihr Aufenthaltsort bekannt wurde!